

Der gefängnisindustrielle Komplex

Der Gefängnis-Industrielle Komplex ist ein Begriff, der sämtliche Vorgänge umfasst, in denen Umsätze durch Gefangene in staatlichen und privaten Gefängnissen gemacht werden.

Der Gefängnis-Industrielle-Komplex entsteht dort, wo der Staat eine Privatisierung des Gefängniswesens fördert.

Am Beispiel der USA lässt sich sehr deutlich zeigen, wie - beflügelt durch die Verwertungslogik - in nur wenigen Jahren aus einer Nischenwirtschaft, in der sich nur eine Handvoll Unternehmen tummelten, eine Multimilliardenindustrie entstand. Heute werden die Gefängnisdienstleister an der Börse gehandelt, es gibt Strafvollzugs-Messen und die Zahl privat gebauter und betriebener Knäste steigt rasant. (Beispiel CCA ^a)

Um dies zu verstehen, sollte mensch wissen, dass der gefängnisindustrielle Komplex in den USA inzwischen messbare Prozente des jährlichen Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Er gehört zu den größten Konzernen der US- Binnenwirtschaft und galt 2007 sogar als sog. "drittgrößter Arbeitgeber" der USA - ein zynischer Begriff für Profiteure von Zwangsarbeit.

Es gibt derzeit fast keine Branche, die nicht im Gefängnis produzieren lässt. Fließbandproduktion ist dabei die Hauptarbeitsweise, z.B. für die Pharma- und Lebensmittelindustrie, Autozulieferproduktion oder Elektronik. Zusätzlich gibt es auch einen Dienstleistungssektor im Knast, z.B. diverse Call-Center. Derzeit werden 90% aller Call-Center auf dem Staatsgebiet der USA von Gefangenen betrieben.

Die Arbeit in diesen Gefängnissen ist Zwang. Verweigerung wird mit Privilegienentzug und Einzeleinschluss im "Loch" (Einzelhaft mit variierenden Sonderhaftbedingungen) geahndet, die dabei verstrichene Zeit wird nicht auf die Haftdauer angerechnet.

Die flexibel gehaltenen Haftzeiten werden nach Belieben der häufig privaten Anstaltsleitungen bis auf das Maximum ausgereizt. Oft werden auch Vorwände gesucht, um diese Haftzeiten mit vorgeschobenen Argumenten noch zu verlängern. Betriebsräte oder gewerkschaftliche Organisation sind verboten. Überstunden und unmenschlichen Arbeitsbedingungen sind die Gefangenen schutzlos ausgeliefert, ebenso wie der häufig praktizierten Gewalt der Wachmannschaften.

Aktuelle Dimension sowie juristische und politische Grundlagen

In den USA sitzen derzeit knapp 2,5 Millionen Gefangene ein. Laut UNO sind das 1/4 aller Gefangenen auf diesem Planeten. Rein statistisch macht die Bevölkerung der USA jedoch weniger als 5% der Weltbevölkerung aus.

Kein Staat inhaftiert derzeit mehr seiner eigenen Bürger_innen - weder in realen Zahlen noch im Verhältnis zur eigenen Bevölkerungsgröße. Hinzu kommen noch 4,2 Millionen US Bürger_innen in Freigangs- oder anderen Programmen, so dass die Sonderrolle der USA noch deutlicher wird: jede_r 31. Erwachsene steht derzeit unter direkter Kontrolle der Justiz.

Auffällig ist die hohe Anzahl von Gefangenen aus den Bevölkerungsminderheiten, den "People Of Color"^b, die insgesamt nur 20% der Bevölkerung stellen.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist europäisch „weißen“ Ursprungs. In den Gefängnissen sind jedoch ca. 2/3 der Gefangenen "People Of Color" - überwiegend „Afroamerikaner_innen"- aktuell ca. 42 %. Weitere ca. 16% sind „Hispanics“, ca. 5% asiatischen Ursprungs. Viele Gefangene sind „Native Americans“, also Angehörige der ursprünglichen Bevölkerung der USA, die nach einer, von vielen als Völkermord bezeichneten gewaltsamen historischen Verdrängung heute nur noch knapp 1% der gesamten US-Bevölkerung ausmachen. Aus ihrer Gruppe ist rein prozentual der größte Teil inhaftiert. Europäisch weißen Ursprungs sind nur ca. 34% der Gefangenen, dies obwohl es rein statistisch keinen Unterschied in Anklageerhebungen gibt - sehr wohl aber in den Verurteilungsgewohnheiten der Justiz gegenüber den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Seit April 2011 sind so laut US - Justizministerium z.B. mehr Afroamerikaner_innen ihrer Freiheit beraubt als sie es 1865, im Jahr der "offiziellen" Abschaffung der Sklaverei, waren.

Historische Grundlagen

Da die moderne Gefängnisindustrie der USA nur vor dem Hintergrund der Sklaverei in den USA zu verstehen ist, wollen wir hier eine ganz kurze Zusammenfassung voranstellen. Schon vor Staatsgründung wurden mehrere Millionen Afrikaner_Innen gewaltsam in die (hauptsächlich britischen) Kolonien verschleppt und unter grausamen Bedingungen und schweren Misshandlungen ausgebeutet. Insgesamt dauerte diese Praxis ungefähr 300 Jahre. Die wirkliche Zahl der aus Afrika entführten Menschen ist nicht

rekonstruierbar. Seriöse Historiker_innen vermuten ihre Zahl zwischen 2 - 4 Millionen Menschen, welche zwischen Mitte des 16. bis Ende des 19. Jahrhunderts durch europäische Monarchien und private Handelskompanien verschleppt wurden. Sehr viele starben oder wurden direkt ermordet. Als nach dem US- Bürgerkrieg die Sklaverei 1865 offiziell aus der Verfassung gestrichen wurde, rekonstruierte sie sich unmittelbar darauf unter anderem Namen: dem sog. "Prison Rental System". Staatlich organisierte "Vermietung" von Gefangenen an Großgrundbesitzer, Minen, Stahlproduktion und Bauwesen sorgten dafür, dass schon 1880 bereits die Hälfte aller kurz vorher freigelassenen 4 Millionen Sklavinnen und Sklaven in den USA wieder in Zwangsarbeit war. Juristischer Vorwand war damals – übrigens ähnlich wie heute - Sondergesetzgebungen, die speziell auf Afroamerikaner_innen abzielten: die sog. "Black Codes" ^c. Diesem Strafkatalog konnten Angeklagte nur unterliegen, wenn sie afroamerikanischer Herkunft waren. Für Kleinstvergehen (Beispiele aus den Black Codes: Mississippi 1871 "Fluchen im Beisein einer weißen Frau", "Trunkenheit in der Öffentlichkeit", "Landstreicherei".) in diesem offen rassistischen Regelwerk wurde Angeklagte zu Zwangsarbeit verurteilt, die viele nicht überlebten. In den Bergwerken Alabamas überlebte eine Zwangsarbeiter in den 1920iger in der Regel kein halbes Jahr. Mit der täglichen Quota von 4 Tonnen Kohlen, mangelhafter Ernährung, fehlender ärztlicher Versorgung und ständiger Gewalt durch Auspeitschungen starben bis ca. 1930 Hunderttausende Gefangene in den Bergwerken – offizielle Todesursache auf den noch immer archivierten Totenscheinen war zumeist „Lungenentzündung“.

Der irisch-britische Autor George Bernard Shaw kommentierte die Verhältnisse in den USA als Zeitgenosse folgendermassen:

„Ich bin bekannt für meine Ironie, aber auf den Gedanken, im Hafen von New York eine Freiheitsstatue zu errichten, wäre selbst ich nicht gekommen.“

- soweit eine kurze historische Zusammenfassung -

Für die massenhafte Inhaftierung verantwortlich sind verschiedenen Faktoren, die ihren Ursprung alle in den eindeutig rassistisch geprägten Eigentumsverhältnissen haben. So ist es in den eisten US Bundesstaaten für Angeklagten unmöglich, aufgrund fehlender eigener Mittel eine qualifizierte Verteidigung in ihren Verfahren aufzubauen. Unmotivierte oder schlichtweg überforderte Pflichtverteidiger_innen stehen der Staatsanwaltschaft oft hilflos gegenüber. In 90% aller Anklagen und Verurteilungen kommt es in den USA gar nicht zu einer Verhandlung: durch Einschüchterung vor extrem hohen Strafen willigen die uninformierten und hilflosen Angeklagten in sog. "Plea Bargains" ^d ein, um vermeintlich "günstig" aus der Sache heraus zu kommen.

Sammeln sie auf diese Weise drei rechtskräftige Verurteilungen (sog. "Felony Charges") an, was aufgrund rassistischer Polizeipraktiken in vielen Wohngebieten der USA gerade bei jüngeren Menschen sehr schnell passieren kann, bekommen sie in der Regel "Lebenslänglich mit Bewährung". In den meisten dieser Bundesstaaten muss eine dieser Straftaten eine „Gewalttat“ gewesen sein. In Kalifornien genügt ein Autoklau. Populistisch wurde diese Gesetzgebung als "Three Strikes and you are out" (zu dt: drei Vergehen und du bist raus") umschrieben. Eine weitere Strafverschärfung betrifft die Flüchtlinge/Migranten ohne Aufenthaltsrecht. Statt Abschiebung droht ihnen nun per Gesetz Knast.

Flexibel gehaltene Haftzeiten zwischen 15 - 25 Jahren sorgen z.B. durch 'Plea Bargains' für stetigen Nachschub an den Fliessbändern der Gefängnisindustrie, deren Lobbyorganisationen, allen voran die Correctional Corporation of America (CCA) hohe Geldsummen einsetzen, um Politiker_innen in Wahlkämpfen auf "Law And Order" Themen und die damit einhergehenden Strafverschärfungen festzulegen.

Rein statistisch sind schwere Gewaltverbrechen zwar seit Jahrzehnten in den rückläufig – sowohl in den USA und auch Europa - aber die Gesetzesverschärfungen und Plea Bargain-Praxis bewirkten einen rapiden Anstieg der Verurteilungen für Bagatelldelikte, so dass offiziell ein "Anstieg der Kriminalität" verzeichnet wird.

Ähnliche Tendenzen greifen derzeit übrigens auch in der BRD, wenn auch in geringerer Geschwindigkeit als zu der Vorgabe aus den USA. So sitzen in der Berliner JVA Tegel derzeit z.B. 1/3 der Gefangenen wg. nicht gezahlter Rechnungen, hauptsächlich im Nahverkehr.

"Plea Bargains" halten auch in der EU-Gesetzgebung Einzug. Italien verabschiedete bereits sog. "Erleichterungen für die Justiz". In Belgien sind sie in der Diskussion. "Three Strikes" Regeln werden seit Jahren von Konservativen wie dem ehemaligen Ministerpräsident Hessens, Roland Koch (CDU) gefordert. Nicht überraschend in diesem Zusammenhang ist, dass Koch nach seinem Ausstieg aus der Politik 2010 einen Vorstandsposten bei der Baufirma Bilfinger-Berger übernahm, die bereits mehrere Privatgefängnisse in der BRD gebaut hat.

- zurück zu den USA -

Auch die Medien leisteten ihren Teil beim Aufbau der Gefängnisindustrie. Sie flankierten Wahlkampagnen von "Law And Order" Politiker_innen, wie z.B. dem ehemaligen kalifornischen Gouverneur und späteren US Präsidenten

Ronald Reagan über Jahrzehnte hinweg mit Berichten über schwere Gewaltverbrechen und suggerierten einen Anstieg schwerer Kriminalität, um die Forderungen nach härteren Gesetzen zu unterstützen. Diese Medienkampagnen zielten in den USA hauptsächlich auf die in den sog. Suburbs, also Vororten lebende Mittelklasse, die über lange Zeit hinweg als beinahe einzige Bevölkerungsschicht an den Wahlen teilnahm. Ihnen sollte die ohnehin schon bestehende Angst vor den innerstädtischen Großstadtghettos und ihrer Bewohner_innen dadurch verstärkt werden. Die Zustimmung zu "Law And Order" war also über Jahrzehnte hinweg nichts anderes als das Eingeständnis, eine nach rassistischen Kriterien begründete Verteilung von Einkommen und Teilhabe gesetzlich festzuschreiben.

Unter diesem Kontext gab es z.B. große Zustimmung zu dem von Reagan inszenierten und bis heute regional praktizierten "Krieg gegen Drogen". Bezeichnenderweise waren und sind es die US-Behörden selbst, die zur Finanzierung nicht durch den Haushalt gedeckter Operationen massiv Drogenhandel billigen oder selbst ausüben, wie in der Iran-Contra Affäre Ende der 1980iger bekannt wurde. Der Krieg gegen die Drogen richtet sich also nicht etwa gegen diejenigen, die illegale Drogen importieren oder in großen Mengen vertreiben, sondern gegen Endverbraucher_innen und Kleinstmengen Händler. (Um in den USA für 10 Jahre weggesperrt zu werden, reicht der Besitz von 50 Gramm Crack, der Droge der Armen. Von Koks, die Droge der Reichen, muss man schon 5 Kilo mit sich führen.) Nicht von ungefähr versuchte das FBI ab Mitte der 1960iger, gerade in den afro-amerikanischen Ghettos gezielt Drogenhandel als Gegenmaßnahme zu der steigenden politischen Organisation und Radikalisierung einzusetzen. Auf diese Weise zerfielen soziale Strukturen durch Beschaffungskriminalität und ein Teil der jungen Generation verfiel schweren psychologischen Problemen und dem Verlust der Gesundheit. Somit fand Reagan ab 1981 also ein bereits existierendes Problem vor, auf das er anstatt mit Hilfe für die Betroffenen mit Ausgrenzung und brutaler Härte reagierte.

Parallel zum Ausbau des Knastwesens wurde der Sozialstaat demontiert. Der Knast ist zu dem Projekt der US-Sozialpolitik geworden. Der Knast verwaltet die Armut und lässt sie ausgepresst durch Zwangsarbeit produktiv werden. Gleichzeitig sinkt die Arbeitslosenrate, da die Gefangenen in der staatlichen Statistik nicht mehr zu Buche schlagen.

Während des Kalten Krieges war der Militärisch-Industrielle Komplex entstanden, der das Vorbild aller späteren Public Private Partnerships (PPP) wurde. In seiner Abtrittsrede warnte US-Präsident Eisenhower bereits 1961 eindringlich vor der Praxis, den Militärhaushalt unabänderbar zum zentralen

Punkt der US-Regierungsgeschäfte zu machen. Heute machen Militärausgaben 40 - 50 % der gesamten Staatsausgaben der USA aus.

Die Konzerne stellen Militärgüter mit beinahe garantierter Abnahmegarantie her und die Steuerzahler_innen sind per Gesetz (den sog. Verteidigungsrichtlinien und ihren ausführenden Regelungen) verpflichtet, das bis in alle Ewigkeit zu bezahlen. Das es zur Rechtfertigung eines gigantischen Militärapparates auch ständig erneuter Drohszenarien bedarf, mag einleuchten.

1974 waren in den USA nur ungefähr 470.000 Menschen inhaftiert. Die individuelle Durchschnitts-Haftdauer lag bei nur wenigen Jahren, Resozialisierungsprogramme und Berufsausbildungen waren flächendeckend in US-Gefängnissen vorhanden. 1985 waren es bereits 1,5 Millionen Gefangene, heute sind es knapp 2,5 Millionen. Fortbildung oder auch nur nennenswerte Gefängnisbibliotheken sind beinahe komplett verschwunden.

Die Tatsache, dass dies mit beinahe einhelligem Zuspruch der 'weißen' Bevölkerungsmehrheit möglich war, liegt neben dem historisch tief verankerten Rassismus auch in der jüngeren gesamtgesellschaftlichen Debatte, die seit den 1980iger Jahren zunehmend vom *Neo-Liberalismus* bestimmt war. Diesen hier in dieser kurzen Zeit vollständig erklären zu können, ist nicht möglich, doch will ich auf einige wichtige Faktoren von besonderer Bedeutung für den Ausbau der Gefängnisindustrie eingehen.

Mit dem Argument des "Schlanken Staates" führen die Republikanische Partei, Medien und auch Konzerne schwere Geschütze gegen den ohnehin nur rudimentär vorhandenen US-amerikanischen Sozialstaat auf. Massive Eingriffe in Arbeitslosenstütze, Unterstützung für alleinerziehende Eltern und der Abbau kostenfreier, öffentlicher Bildungseinrichtungen hatten eine schnell einsetzende Verarmung gerade der 'People Of Color' zur Folge, die noch immer weitestgehend von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen waren und sind. Das ging einher mit anderen Streichungen bzw. gewinnorientierten Privatisierungen im öffentlichen Sektor. Gerade für den ärmeren Teil der Bevölkerung hatte der Abbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, die Privatisierung vieler Kindergärten, Schulen und Universitäten sowie die beinahe vollständige Einstellung von sozialem Wohnungsbau gravierende Auswirkungen.

Während in den Medien ab Mitte der 1970iger eine massive Angst vor Kriminalität in der US-amerikanischen Mittelklasse geschürt wurde, kamen Behörden nicht etwa auf die Idee, die in anderen Ländern schwer nachvollziehbaren Waffengesetze zu ändern, sondern rüsteten öffentliche und private Sicherheitsstrukturen auf. Die Folge war nicht ein "schlanker

Staat", wie er inzwischen von fast allen Politiker_innen gefordert oder propagiert wird, sondern das komplette Gegenteil. Selbst der höchste Sozialhaushalt, der in den USA jemals verabschiedet wurde - Ende der 1970iger - war um ca. ein Drittel geringer als der seit vielen Jahren übliche Haushalt für die sogenannte innere Sicherheit. Neben dem stetigen Niedergang der Sozialausgaben wuchs beinahe parallel ein Anstieg der Ausgaben im Bereich für Überwachung, Gefängnisbau oder Wachpersonal. Denn obwohl die Konzerne der Gefängnisindustrie gerne die Gewinne der Zwangsarbeit durch die Gefangenen abschöpfen, obliegt die Infrastruktur der Gefängnisse zumeist den ländlichen Kommunen, in deren Gebiet diese stehen. Somit ist auch eines der stärksten Argumente der Gefängnisbefürworter_innen zweifelhaft, die abseits vom Strafdiskurs immer wieder den wirtschaftlichen Aufschwung ansonsten strukturschwacher Regionen behaupten. Mag ein erhöhtes Steueraufkommen in den ersten Jahren eines Neubaus von privaten Gefängnissen durchaus messbar sein, überwiegen die langfristigen Folgekosten diese kommunalen Einnahmen jedoch um ein vielfaches.

So zum Beispiel in Littlefield, Texas. Sie nahmen im Jahr 2000 einen 10m \$ Kredit, für den Bau eines Gefängnisses unter privater Leitung, durch die Geo Group Inc. auf. Im Jahr 2009 stieg der private Betreiber plötzlich aus, nachdem Behörden wg. Selbstmorden und schweren Misshandlungsskandalen ein Großteil der Gefangenen aus der Obhut der privaten Betreiber genommen hatten. Seitdem war die kleine Stadt selbst verantwortlich, den Kredit abzuführen, was in diesem Fall \$ 65.000 monatlich bedeutete. Seit 2011 haben sie einen neuen Käufer, der aber nur knapp über die Hälfte des ursprünglichen Kredits für das Gefängnis bezahlte. Die Abzahlung des restlichen Kredits obliegt weiterhin der Stadt.

Mündlich – berichte über Widerstand der Gefangenen:

- Aufstand in Gefängnisfabrik in der Bay Area 2009
- Arbeitsverweigerung und „freiwilliger Lockdown“ in Georgia und Alabama 2010/2011
- Hungerstreiks gegen Isolationshaft in Kalifornien 2011

Zur Situation in Dtl.

Die Situation in der BRD ist lange nicht mit der in den USA, Großbritannien oder Australien zu vergleichen. Die Voraussetzungen für die Entstehung sind

jedoch seit Anfang der 1990er Jahre gegeben, d.h. der Staat fördert die Privatisierung des Knastwesens.

Worin also besteht die Entsprechung zum deutschen Knastwesen?

Zuerst einmal liegt es in der Logik eines jeden kapitalistischen Systems, zum Zwecke der Verwertung und der Profitmaximierung alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu durchdringen und somit eben auch das hochprofitable Gefängniswesen.

Wer macht also hier in der BRD Gewinn mit dem Einknasten von Menschen?

Vorhin war ja bereits auf die Rolle des ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch hingewiesen worden, der als Anerkennung seiner 10 Jahre lang geforderten und z.T. in der JVA Hünfeld auch umgesetzten Privatisierung des Strafvollzuges inzwischen einen Vorstandsposten beim Mannheimer Baukonzern Bilfinger/Berger innehat. Im sachsen-anhaltinischen Burg eröffnete 2009 die erste komplett privat errichtete JVA. Knapp 500 Gefangene aus allen Teilen des Bundeslandes wurden dorthin verlegt. Die Bundesregierung steuerte 500 Millionen € zu und das Bundesland Sachsen-Anhalt überließ dem von Bilfinger-Berger geleiteten Firmenkonsortium für 20 Jahre die Verwertungsrechte an den Gefangenen. Bilfinger-Berger investierte selbst auch 100 Millionen € und errechnet aus den 20 Jahren Verwertungsrechten eine Gewinnsumme von 500 Millionen € - also exakt die Summe, die letztendlich die Bundesdeutschen Steuerzahler_innen dem Konzern bereits unfreiwillig geschenkt haben. Aktuell bezeichnet das Bundesland dieses Gefängnis bereits als gescheiterten Versuch, allerdings nicht wg. der grundsätzlichen Fragwürdigkeit von industrieller Ausbeutung von Gefangenen, sondern aufgrund der unzureichenden Entwicklung eben dieser Ausbeutung in dem Gefängnis. Es scheint schlicht und einfach ein Pilotprojekt für spätere Gefängnisfabriken in der BRD zu sein. Auffällig waren erste Konfrontationen zwischen privater Anstaltsleitung und den dorthin verlegten Gefangenen gleich wenige Wochen nach der Eröffnung. Den Gefangenen war jegliches privates Eigentum vor ihrer Verlegung mit dem Verweis abgenommen worden, sie würden dort alles neu erhalten. Für völlig überzogene Preise in dem Anstaltsshop gab es dann auch Fernseher, Radios etc., aber die Gefangenen sollten damit auch zu schlecht entlohnter Arbeit angehalten werden. Es kam zu ersten Hungerstreiks wg. der Forderung, Zugang zum Gesetzestext des Grundgesetzes zu erhalten. Private Wachmannschaften dürfen eigentlich bis heute keinen Bundesbürger einsperren, machen dies aber inzwischen in verschiedenen Haftanstalten. Nach drei Wochen Hungerstreik gelang es einer Bundestagsabgeordneten, einem der hungerstreikenden Gefangenen eine Ausgabe des Grundgesetzes

aushändigen zu lassen, was zuvor von der privaten Anstaltsleitung verhindert worden war.

In Baden-Württemberg betreibt der während der NS-Zeit gegründete private Wachkonzern Kötter seit einigen Jahren ein Privatgefängnis. Die Verlängerung der Lizenz wurde ihm jedoch nach dem Regierungswechsel von der neuen grün/roten Landesregierung verweigert. Aber die Auseinandersetzung um die Privatisierung des Strafvollzuges in diesem Land ist im vollen Gang, was sich auch an den permanenten Horrorgeschichten über Gewaltverbrechen in Boulevard Medien oder den Berichten über eine angeblich überlastete Justiz und Innere Sicherheit in der bürgerlichen Presse ablesen lässt.

Aber unabhängig davon, wer den Knast betreibt, lassen sich die Gefangen zu traumhaften Konditionen durch Zwangsarbeit ausbeuten. Der Begriff der Zwangsarbeit ist berechtigt, obwohl der/die Gefangene die Arbeit faktisch verweigern kann. Durchgesetzt wird der Arbeitszwang durch eine Fülle von Sanktionen bis hin zum Ausschluss von der Möglichkeit der vorzeitigen Haftentlassung.

Die von den Betrieben gezahlten Löhne sind derart gering, dass sie mit denen in den sogenannten Billiglohnländern konkurrieren können. Dazu das Zitat des Leiters der Haftanstalt Hamm: „Eigentlich ist es doch erschreckend, dass die Gefangenen bei einfacher Tätigkeit in Deutschland inzwischen die Einzigen sind, die der internationalen Konkurrenz noch standhalten können.“

Jedes deutsche Auto hat mindestens einen elektronischen Knopf, der aus bundesdeutscher Gefängnisproduktion stammt. (Spiegel 33/2005). In der JVA Straubing werden sogar Flugzeugteile am Computer gefertigt. Ein großer Gartenutensilienhersteller lässt Gartensprenger hinter Gittern fertigen.

Eine besondere Rolle nahm vor einigen Jahren die Knastproduktion für die Modebranche ein. Hier wird der Knast als Produktionsstandort nicht verschwiegen, sondern herausgestellt und als „Knast-Style“ beworben:

- das Berliner Modelabel Mohamed Meyer lässt Schuhe in der Haftanstalt Berlin Tegel produzieren.
- das Modelabel „Häftling“ der Modeagentur Herr Ledesi: Trend Kleider und Accessoires in Gefängnis Optik „made in prison“.
- die Marke „Santa Fu“: Ein knasteigenes Modelabel der JVA Fuhlsbüttel.

Für Privatunternehmen ist die Gefängnisarbeit eine Goldader: Keine Streiks, keine gewerkschaftliche Organisierung, keine Kranken- und keine Arbeitslosenversicherung.

Mittlerweile haben die Haftanstalten eine bundesweite Online Offensive gestartet. Über den HYPERLINK www.jva-shop landen Internetsurfer bei den Haftbetrieben Niedersachsens und einer Geschäftsplattform für Geschäftskunden. In Baden Württemberg werben die Kollegen mit dem Werbeslogan: "Wir lassen Sie nicht sitzen". Hier können Privatleute wie Unternehmen Kataloge bestellen oder sich kundig machen, welche JVA welche Produkte oder Dienstleistung erbringt. Um auf dem Markt bestehen zu können, lassen immer mehr Haftanstalten ihr Qualitätsmanagement nach ISO 9001/2000 zertifizieren. Dazu Patrick Herring, Hauptgeschäftsführer des „Landesbetriebs Vollzugliches Arbeitswesen“: "Viele unserer Haftbetriebe arbeiten als verlängerte Werkbank der Automobilindustrie, da geht es ohne Zertifizierung nicht mehr."

Mittlerweile sind die Haftanstalten so konkurrenzfähig, dass sie z.B. wie in Berlin die Haftanstalt Tegel den Buchbinder_innen das Überleben schwer machen. Auf der anderen Seite öffnen sich die Haftanstalten für Handwerksbetriebe durch Kooperationsverträge. Nun können die Handwerker die Haftbetriebe als Subunternehmen nutzen. Dieses Modell wird seit 2011 bereits massiv vom Berliner Senat für die JVA Heidering beworben, wenn auch scheinbar noch mit geringem Erfolg.

Bayern zum Beispiel bewirbt seine Knäste als Alternative zu einer Produktionsverlagerung ins Ausland. Und tatsächlich werden bundesweit die Produktionsflächen und Kapazitäten rasant ausgebaut. Die Knastproduktion gehört eindeutig zu den Krisengewinnlern.

Staatlicherseits wird hier in der BRD die Notwendigkeit einer Privatisierung des Gefängniswesens wie bei allen Private Partnership Projekten mit der angeblichen Entlastung der Öffentlichen Kasse durch die Effizienz und Kostenersparnis durch privates Management hergeleitet. Da der Strafvollzug laut Grundgesetz aber eine hoheitliche Aufgabe der einzelnen Bundesländer ist, musste bestehendes Recht verbogen werden, um die ersten privaten Knäste zu ermöglichen, wobei auch in diesen Knästen weiterhin neben den privaten Angestellten staatliche Beamte ihren Dienst tun.

Ständige Strafverschärfungen und die rassistische Migrationsabwehr führen zu immer mehr und längeren Haftstrafen, staatlichen Knäste sind marode und überfüllt. Der Staat, der auf Repression und Abschreckung durch harte Haftstrafen setzt, schafft so die Notwendigkeit von neuen Knästen. Da es bislang kein privates Knastmanagement und die damit verbundenen Möglichkeiten der Profite für Unternehmen gab, konnte Mensch der Law and Order Politik bislang nicht unterstellen, dass sie als Lobbyisten eines bereits existierenden Knast-Industriellen-Komplexes fungieren. Dies änderte sich erst mit der Teilprivatisierung von Knastbau und -betrieb. Pilotcharakter hat hier der Abschiebeknast Büren. In Büren wird die psychologische Betreuung

der Häftlinge nicht mehr vom DRK, sondern von der privaten Firma „European Homecare“ durchgeführt. European Homecare ist der größte Dienstleister auf dem „Flüchtlingsmarkt“. „Wir organisieren kostengünstig die Errichtung und regelmäßige Belieferung von Wohnheimen und Unterkünften für soziale Randgruppen.“

Es folgten die teilprivatisierten Abschiebeknäste in Neustrelitz“ (Mecklenburg-Vorpommern), in Glasmoor (Schleswig-Holstein) und in Wuppertal.(Nordrhein-Westfalen).

2005 wurde dann die erste teilprivatisierte Justizvollzugsanstalt Hünfeld (Hessen) in Betrieb genommen. Dieser Knast hatte bundesweiten Modellcharakter.

Vorangetrieben wurde die Idee der Privatisierung von Knästen von der CDU/FDP-Landesregierung und im Besonderen von Roland Koch. Als Vorbild für private Knäste galten das US-amerikanische und britische Knastwesen. Um sich ein Urteil zu bilden, reisten Mitglieder des damaligen hessischen Rechtsausschusses nach England und sahen sich im Privatgefängnis von Doncaster um. Zitat von Tarek Al Wazir (später Grünen Vorsitzender in Hessen): „Wir waren überrascht von der positiven Atmosphäre, die dort herrscht.“

Die Zustimmung für PPP-Projekte sei es beim Ausverkauf des Öffentlichen Nahverkehrs, der Wasserversorgung, des Brückenbaus, des Schulbaus oder eben beim Bau und Betrieb von Knästen ist keine Frage der Parteizugehörigkeit. Sicher ist nur, Lobbyarbeit ist eine sich lohnende Tätigkeit. Roland Koch sorgte als hessischer Ministerpräsident und gleichzeitig im Aufsichtsrat der Frankfurter Flughafen-Aktiengesellschaft dafür, dass die Baufirma Bilfinger-Berger den Zuschlag beim Zementfundament der neuen Startbahn bekam. Selbige Firma Bilfinger-Berger hat als Konsortium mit der Sicherheitsfirma Kötter und der Baufirma Hoch-Tief, von Sachsen-Anhalt den Auftrag für Bau und Betrieb der Justizvollzugsanstalt Burg bekommen. Der Vertrag läuft auf 20 Jahre. Schon 2003 setzte sich Bilfinger-Berger bei einer Ausschreibung zur privatwirtschaftlichen Realisierung von zwei Knästen im australischen Bundesstaat Victoria durch. Der Vertrag schließt die Finanzierung, Planung, Bau und den Betrieb über den Zeitraum von 25 Jahren ein. Welche sichere Rendite und welche Bedeutung gerade der Bau und Betrieb von Knästen für den Baukonzern hat, kann Mensch nach dem Lesen des Wirtschaftsteils der Frankfurter Rundschau vom 13.08.10 erahnen: Unter der Überschrift: „Bilfinger atmet durch“ ist zu lesen, „zufriedene Gesichter bei Bilfinger Berger (...) Der Konzern peilt trotz nahezu stagnierenden Auftragseingangs in den ersten sechs Monaten 2010 Rekordmarken beim Gewinn an.“ Der Artikel wird durch 3 große Bilder gestaltet, die die Zukunfts-Geschäftsfelder des

Konzerns zeigen: „Sonnenkollektoren gehören ebenso zum Geschäft von Bilfinger..., wie die Wartung an Windkraftwerken... und der Gefängnisbau in privat-öffentlicher Partnerschaft“.

Letzteres Geschäftsfeld hat Roland Koch in Deutschland erst ermöglicht. Ja, er hat sich seinen Posten als Vorstandsvorsitzender bei Bilfinger-Berger redlich verdient! Im Spätsommer 2012 brachte die Berliner CDU ihn auch kurzzeitig als möglichen Chef des Berlin-Brandenburger Flughafens BER ins Gespräch. Kaum verwunderlich, beinhaltet dieser Bau neben den Milliarden an Gewinnen für die beteiligten Konzerne doch auch ein Gefängnis auf dem internationalen Gelände des Flughafens, in welches Migrant_innen gesperrt werden sollen, die dann keine Möglichkeit auf einen Asylantrag auf dem Boden der EU hätten. Das Koch in Berlin nicht zum Zuge kam, bedeutet jedoch wahrscheinlich nicht, dass die Gesellschaft in Zukunft von seiner desaströsen Lobbyisten-Arbeit verschont bleiben wird.

Der Baukonzern Bilfinger-Berger hat sich in ein Dienstleistungsunternehmen gewandelt. Dazu Heiko Stiepelmann vom Hauptverband der deutschen Bauindustrie: „Für die private Wirtschaft sind sowohl der Bau als auch der Betrieb von öffentlichen Einrichtungen hochinteressant. Schließlich können die Unternehmen auf diese Weise regelmäßige Einkünfte erzielen und so die großen konjunkturellen Schwankungen des Baugewerbes abfedern.“

Das Land Hessen schloss 2003 für den Betrieb der Haftanstalt Hünfeld einen Vertrag mit der Fa. Serco GmbH, der deutschen Tochtergesellschaft des britischen Dienstleistungsunternehmens Serco. In der Haftanstalt arbeiten neben 115 staatlichen Bediensteten auch 102 Mitarbeiter von Serco. Die Privaten halten das Gebäude in Schuss, sitzen in der Verwaltung, kochen das Essen und betreuen die Gefangenen. Die Firma Serco (Serco Group plc) ist ein an der Börse gehandeltes Dienstleistungsunternehmen. Laut Wikipedia gründet sich das Wachstum des Unternehmens vorwiegend auf dem Trend zum Outsourcing von Dienstleistung. Sercos Aktivitäten umfassen technische Unterstützung für das britische Verteidigungsministerium, Flugsicherung, Satellitenkontrolle und Strassenverkehrsmanagementsysteme. In Deutschland betreibt Serco durch ihre deutsche Tochter nicht nur den Knast in Hünfeld, sondern auch das GÜZ (Gefechtsübungszentrum) in der Colbitz-Letzlinger Heide: ein Paradebeispiel von Public Private Partnership des Militärs. Das Gefechtsübungszentrum Heer ist die modernste Ausbildungsstätte Europas. Das GÜZ spielt eine entscheidende Rolle nicht nur zur Realisierung bundesdeutscher Einsätze. Hier bekommt etwa die KSK (Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr) ihren letzten Schliff, bevor sie nach Afghanistan geschickt wird. Auf dem 23000 ha großen Gelände sind dafür Tankstellen, Häuser, Moscheen, Werkstätten etc. im Übungsdorf „Stullenstadt“ aufgebaut worden. Geübt werden Geiselfreiungen,

Sanitätseinsätze und Aufstandsbekämpfungs- maßnahmen (die sogenannte 'riot control').

Die Firma Serco ist noch mit einem weiteren bundesweiten Pilotprojekt in Hessen vertreten: den elektronischen Fußfesseln.

Weitere Beispiele für das Entstehen eines Gefängnis-Industriellen Komplexes durch die Errichtung und den Betrieb von Knästen in PPP: Das zweite in PPP verwirklichte Knastprojekt ist der Knast Offenburg. Hier genauso wie beim Abschiebeknast Büren bekam die Sicherheitsfirma Kötter den Zuschlag. Die von Kötter erbrachten Dienstleistungen umfassen dabei auch die medizinische, psychologische und soziale Betreuung sowie die schulische und berufliche Ausbildung der Inhaftierten. Kötter Security wirbt auf Sicherheitsmessen damit, schon heute in der Lage zu sein, Knäste komplett in privater Regie führen zu können. Um sich auf diesem Gebiet zu profilieren, gründete Kötter Security eigens einen so genannten Sicherheitsbeirat, in dem so illustre Persönlichkeiten wie General a.D. Ulrich Wegener, Gründer der GSG9, Dr. Peter Frisch, ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und, Hubertus Grützner, ehemaliger Bundesvorsitzender des Bundesgrenzschutzverbandes sitzen.

Aber auch die ehemalige rot-rote Berliner Landesregierung plant ihren ersten privatisierten Knast. Ein neuer Knast in Großbeeren namens JVA Heidering wurde als PPP konzipiert und wird Ende 2012 in Betrieb genommen werden.

Eine profitable Bestrafungswirtschaft braucht eine sog. „kriminelle“ Gesellschaft. Nur so bleiben ihre Aktienkurse stabil. Sollte sich also die Privatisierung der Bestrafung durchsetzen, braucht die BRD Kriminalität mehr denn je - schon aus privatwirtschaftlichen Gründen.

Wenn wir also ein Leben unter zementierter Armut bei gleichzeitig ständiger Bedrohung des Freiheitsverlustes vermeiden wollen, ergibt sich daraus die Notwendigkeit, der Privatisierung von Gefängnissen, sowie der industriellen Zwangsarbeit von Gefangenen, genauso wie bei allen anderen Privatisierungsbestrebungen in elementaren Bereichen unserer Gesellschaft entschlossen Widerstand zu leisten.

Beteiligt euch an den beiden Anti-Knast Demonstrationen zu Silvester 2012 in Friedrichshain/Lichtenberg und abends in Moabit.

Wir sind nicht frei, solange es nicht alle sind

Knäste zu Baulücken!

^a - Feb 2012 Brief der CCA an 48 Bundesstaaten der USA versandt -Inhalt: Angebot gegen Finanzspritze Gefängnisse zu übernehmen, wenn 90%ige Belegung für die nächsten 20 Jahre garantiert wird.

^b – 'Person of color' (Plural: 'people of color') ist ein Begriff, mit dem sich Menschen selbst bezeichnen, die einer Mehrheitsgesellschaft als 'nicht-weiß' gelten und sich wegen ethnischer Zuschreibungen, alltäglichen, institutionellen und anderen Formen des Rassismus ausgesetzt fühlen. Der Begriff betont die diesen Menschen gemeinsame Erfahrung, wegen der Zugehörigkeit zu einer Minderheit diskriminiert zu werden. Der Begriff entwickelte sich vor allem im anglo-amerikanischen Raum und wird von vielen Personen seit den 1990er-Jahren gegenüber Begriffen bevorzugt, die durch ihre koloniale Geschichte geprägt wurden. Im Gegenzug zum Rassismus- welcher versucht zu spalten, wird mit diesem Begriff versucht ein Gemeinschaftsgefühl herzustellen.

^c „Black Codes“ - rassistische Strafgesetzgebung zur ausschließlichen Kriminalisierung von Afroamerikaner_innen, erlassen ab 1870 in den ehemaligen konföderierten US Bundesstaaten. Hierbei löste der Staat mit einem Gefangenen Vermietungssystem die vormals privaten Sklavenbesitzer_innen ab. Eine detaillierte Untersuchung über das Ausmaß und die damit verbundene Verhinderung und Vernichtung einer Entwicklung afroamerikanischen Lebens in den USA bietet Richard A. Blackmons Buch: „Slavery By Another Name“

^d – Plea Bargain – zu dt. 'Schuldhandel' bedeutet eine Vorgehensweise, in der mit Anklagen überhäufte Menschen von ihren Anwälten überredet werden, sich zu einer Straftat schuldig zu bekennen. Die Auswahl der Straftat erfolgt meist nach dem geringsten Strafmaß- ganz gleich ob der/ die Angeklgte überhaupt eine Straftat begangen hat. Die Angeklagten stimmen häufig aus Unkenntnis und Angst vor langen, teuren Verfahren und hohen Haftstrafen kleinen Vergehen zu. Doch damit sind sie rechtskräftig verurteilt.